Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Stadt und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1949

Nr. 304 — Donnerstag, den 29. Dezember 1932 — 27. Jahrgang

Reichstag erst Mitte Januar

Aeltestenrat am 4. Januar — Die Möglichkeit von Neuwahlen

Berlin, 27. Dez. Wie das Nachrichtenbureau des VDZ. meldet, wurde am Dienstag in Berliner parlamentarischen Kreisen, soweit der Weihnachtsurlaub bereits beendet war, vor allem die Frage erörtet, wie die Aussichten für die Januartagung des Reichstages lägen. Die offizielle Einladung zur Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages am Mittwoch, den 4. Januar, nachmittag 4 Uhr, liegt jetzt vor. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstagsplenums. Es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß auch die Nationalsozialisten den Wunsch haben, den Reichstag früher tagen zu lassen, als es ursprünglich möglich erschien nach der Erklärung der Reichsregierung, daß sie die gewünschten Auskünfte über die Kassenlage des Reiches und den Etat für 1933 vor Mitte Januar im Haushaltsausschuß nicht geben könne. Als Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstages hörte man in parlamentarischen Kreisen Mittwoch, den 11. Januar, nennen. Es heißt auch, daß die Reichsregierung einer etwas vorzeitigen Einberufung keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde, wobei hervorgehoben wird, daß es um so besser sei, je schneller eine Klärung der politischen Haltung des Reichstages gegenüber dem Kabinett von Schleicher erfolge. Man rechnet damit, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, die Aussprache mit anschließender Abstimmung über das Mißtrauensvotum sofort durchführen zu lassen. Für das Weiterbestehen des Reichstages dürfte hierbei von Bedeutung sein, ob die Nationalsozialisten die Mehrheit gegen Schleicher schon in der Januartagung ermöglichen, oder ob sie sich der Stimme enthalten bezw. sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden.

Offener Konflikt unvermeidlich?

Wird es nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages zum offenen Konflikt zwischen Regierung und Parlament kommen? Die auch von uns verzeichneten Gerüchte über die Möglichkeit einer neuen Aussprache zwischen Schleicher und Hitler ließen darauf schließen, daß gewisse Ausgleichsbemühungen eingeleitet worden seien. Allerdings ist daran zu zweifeln, ob es zu einer solchen neuen Besprechung kommen wird, zumal beide Seiten erklären, daß ihnen von dem Plan einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt sei. Selbst wenn aber eine neue Unterredung Schleicher-Hitler stattfinden würde, müßte man deren Erfolgsmöglichkeiten sehr gering einschätzen, da die NSDAP. an ihrer alten Forderung nach einer Kanzlerschaft Hitlers festhält. Alles spricht demnach dafür, daß der offene Konflikt zwischen Regierung und Parlament im Januar unvermeidlich wird. Die Regierung würde dann zweifellos den Reichstag sofort auflösen und binnen kürzester Frist — also für Mitte Februar — Neuwahlen ausschreiben.

Auch zum Preußenparlament würde dann wohl am gleichen Termin neu gewählt werden, da man nach dem letzten Urteil des Staatsgerichtshofes auch hier keine andere Möglichkeit mehr sieht, um wieder zu geordneten staatsrechtlichen Zuständen und zur Beseitigung der jetzigen Doppelregierung in Preußen zu kommen.

Ein Aufbauprogramm der DNVP.

Berlin, 28. Dez. Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht ein Aufbauprogramm zur Behebung der deutschen Not, das in der letzten Vorstandssitzung der Partei beraten worden ist. Es enthält Vorschläge und Forderungen zur Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Einzelheiten des Programms sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Grundsätzlich erklärt der Vorstand der Partei dazu zunächst u. a. folgendes: Die Aufgabe des Wirtschaftsaufbaues ist durch umfassendes Handeln auf organischem Wege zu lösen, durch Gesundung der Wirtschaft aus sich selbst heraus zu einer starken Nationalwirtschaft. Neben dieser privatwirtschaftlichen Hauptaufgabe besteht bei dem augenblicklichen gefährlichen Schwächezustand der Wirtschaft die Notwendigkeit zur schnelleren Ingangsetzung des sonst sich nur langsam belebenden Arbeitsprozesses vorübergehend ein Sofortprogramm der Arbeitsbeschaffung einzuschieben. Es soll nur produktive und rentable Arbeiten von öffentlichem, allgemeinem Interesse aufnehmen, so z. B. auf dem Gebiete des Verkehrswesens.

Als tiefste Ursache des Wirtschaftselends wird dann das sozialistische System bezeichnet, gegen das der Kampf mit aller Schärfe unbeirrt weiter geführt werde. Der Freiheitskampf der deutschnationalen Bewegung stelle die Aufgaben der inneren und äußeren Politik als gleich bedeutsam nebeneinander. Ein unabhängiges freies Reich bleibe Bedingung für jeden dauernden Aufstieg. Voraussetzung für den freien Machtstaat sei Wehrhoheit. Die erfolgreiche Durchführung aller gestellten Aufgaben setze einen von Parteieinflüssen und unverantwortlichen Einwirkungen jeder Art freien Ordnungs-, Rechts- und Machtstaat und eine starke und unabhängige Staatsführung voraus. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sollen, so heißt es dann weiter, auf christlicher, sozialer Grundlage ruhen. Für die deutschnationale Bewegung ist bei ihrer christlichen im besten Sinne konservativen Weltanschauung soziale Gesinnung eine Selbstverständlichkeit. Wichtigste Aufgabe der Stunde bleibt schnellste und wirksame Hilfe für unsere darbenden und unglücklichen arbeits- und stellungslosen Volksgenossen, besonders für unsere schwer geprüfte und gefährdete deutsche Jugend, der wir eine neue bessere Heimat, eine lichtere deutsche Zukunft schaffen müssen und wollen.

Verordnung über Mineralölsteuer

Berlin, 27. Dez. Im heutigen „Reichsanzeiger" erscheint eine Verordnung des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers, die die Ausgleichssteuer auf Mineralöle (Mineralölsteuer) für die Zeit vom 1. Januar 1933 an bis auf weiteres auf 3,80 RM. für den Doppelzentner festsetzt.

Ein Vertrauensmann Roosevelts in Europa

Paris, 27. Dez. „Chicago Tribune" meldet aus Neuyork, daß Roosevelt vor einiger Zeit eine Persönlichkeit, deren Namen man nicht erfahren könne, nach Europa entsandt habe, mit dem geheimen Auftrag, bei verschiedenen Persönlichkeiten in London, Paris und Rom wegen der Schuldenfrage zu sondieren.

Berlin hat 1¼ Milliarden Schulden

Berlin, 27. Dez. Die Gesamtschulden Berlins belaufen sich nach einer neuen Zusammenstellung auf die hohe Summe von 1,25 Milliarden RM. Das ist ein Viertel der Schuld des Deutschen Reiches im Jahre 1913. Die Schuldsumme erfordert nach dem gegenwärtigen Stande jährlich an Zinsen und Tilgung rund 108 Millionen RM. Die Höhe der kurzfristigen Schulden beträgt 226 440 000 RM. Dabei sind aber noch nicht die Schulden der BVG. mitgerechnet, die allein an kurzfristigen Verpflichtungen 137 180 000 RM hat, während die langfristige Schuld der BVG. 69,5 Millionen RM. beträgt.

Reichsbank am 23. Dezember

Berlin, 27. Dez. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Dezember hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 102,6 Mill. auf 3054,4 Mill. RM. verringert.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 30,5 Mill. RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 29,2 Mill. auf 3371,2 Mill. RM. derjenige an Rentenbankscheinen um 1,3 Mill. auf 399,5 Mill. RM. verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 27,5 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 386,3 Mill. RM. eine Zunahme um 32,2 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 23. Dezember 27,2 Prozent gegen 26,9 Prozent am Ende der Vorwoche.

Goldbarrenwährung in Südafrika

Pretoria, 27. Dez. Dem Vernehmen nach hat die südafrikanische Regierung beschlossen, sich besondere Vollmachten zum Erlaß eines Ausnahmegesetzes geben zu lassen, das sie ermächtigt, die Währung auf Goldbarren zu gründen und die Goldstücke aus dem Verkehr zurückzuziehen, damit das Goldgeld weder exportiert noch gehortet werden kann. An eine Aufgabe der Goldwährung denkt die südafrikanische Regierung nicht.

Pretoria, 27. Dez. Einer amtlichen Mitteilung des Schatzamtes zufolge ist die Reservebank der Verpflichtung zur Einlösung von Noten in Gold enthoben worden. In der Begründung dieses Schrittes heißt es, infolge der politischen Unsicherheit seien ungewöhnlich große Ankäufe von Devisen und die Zurückziehung von Goldmünzen zu Hamsterzwecken vorgenommen worden. Eine Fortdauer dieses Zustandes würde eine außerordentliche Gefahr für die an und für sich gesunde Lage des Kredit- und Bankgeschäftes bedeuten.

Haftbefehl gegen Brolat

Berlin, 27. Dez. Die Justizpressestelle teilt mit: „Der Direktor der BVG., Fritz Brolat, war heute zur verantwortlichen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter geladen. Da er bei dieser Vernehmung die gegen ihn vorliegenden dringenden Verdachtsgründe des Meineides nicht entkräften konnte und Fluchtgefahr besteht, hat der Untersuchungsrichter entsprechend dem Antrage der Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ihn erlassen. Brolat wurde heute in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

▪

Brolat gehörte jahrelang dem Freundeskreise der Brüder Sklarek an. Er bestritt seinerzeit, von den Sklareks Pelze gekauft zu haben, was ihm zum Vorwurf gemacht worden war, und auch sonst an den Machenschaften der BVG. beteiligt gewesen zu sein. Er wird jetzt beschuldigt, in dem gegen Oberregierungsrat Tapolski geführten Disziplinarverfahren gegen städtische Beamte unter Eid Angaben gemacht zu haben, die sich später bei seiner gerichtlichen Vernehmung als unwahr erwiesen. Brolat bestritt damals jede strafbare Handlung und erklärte, daß er bei der Vernehmung falsch verstanden worden wäre. In der jetzigen Vernehmung hielt ihm der Untersuchungsrichter nochmals alle seine früheren Aussagen vor und wies ihm nach, daß es sich keineswegs um Mißverständnisse bei der Protokollaufnahme handeln könne, sondern um absichtliche Täuschungen.

Bombenanschlag auf einen früheren Nationalsozialisten

Stolberg (Kreis Landsberg), 27. Dez. In der vergangenen Nacht wurde vor dem Hause des ehemaligen Anstaltsbeamten Bernebee-Jay ein Bombenattentat verübt. Die Bombe explodierte unter dem Raum, den die Eheleute Bernebee-Jay noch vor einigen Tagen als Schlafzimmer benutzt hatten. Die Fenster wurden vollständig zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Bisher wurden in dieser Angelegenheit drei Mitglieder der NSDAP. verhört. Wie es heißt, gehörte Bernebee-Jay bis vor kurzem der NSDAP. an. Er war dann ausgeschieden und hatte sich der deutschvölkischen Freiheitsbewegung angeschlossen. Ueber die NSDAP. soll er sich abfällig geäußert haben.

Feuerüberfall auf einen Lastkraftwagen in Berlin

Berlin, 27. Dez. Auf einen mit 48 Angehörigen des Arbeitersportvereins „Fichte" besetzten Lastkraftwagen, der sich auf der Rückfahrt von Eberswalde nach Braunschweig befand, wurden in der Nacht zum Dienstag in Zehlendorf aus der Dunkelheit mehrere Schüsse abgegeben. Zwei Insassen sowie der Führer des Wagens erhielten Unterschenkelschüsse. Die Schützen sind entkommen.

Die Kämpfe im Gran Chaco beginnen wieder

Paris, 27. Dez. Nach einer Meldung aus Asuncion haben sofort nach Beendigung des 24stündigen Weihnachtswaffenstillstandes zwischen Bolivien und Paraguay die Kämpfe wieder eingesetzt. In der Gegend von Corralez wird ein Generalangriff der bolivianischen Streitkräfte erwartet.

Heute neuer Roman!

„Die vom Heidehof"

Roman von Henriette Brey.